

Beschluss

Klimabedingte Migration und Flucht – als unsere Verantwortung erkennen – Lösungsansätze entwickeln

Klimabedingte Migration hat als Phänomen in den letzten Jahren stark zugenommen und betrifft mittlerweile Millionen von Menschen weltweit. Sie betrifft die unterschiedlichen Ebenen der Kommunen, Regionen, Staaten und verlangt eine Reaktion der verschiedensten Politikbereiche, in Deutschland, in den Herkunftsländern der MigrantInnen sowie auf internationaler Ebene. Doch erhält das Thema in der Öffentlichkeit bisher nicht die nötige Aufmerksamkeit und Lösungen gibt es allenfalls im Ansatz.

Wichtig ist daher eine zügige und konsequente Befassung mit dieser komplexen Problematik.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind sich bewusst, dass schwierige Debatten und Entscheidungen auf uns zukommen. Klimabedingte Migration ist ein wachsendes Problem, und Zahl klimabedingter Flüchtlinge unabsehbar. Häufig mischen sich Armut, Klimawandel, ethnische und kriegsrische Konflikte, die eine trennscharfe Klärung der Fluchtgründe oft unmöglich machen. Wir wollen auf diese wachsende und drängende Problematik zur Unterstützung der Betroffenen reagieren, vor der sich konservative Kräfte notfalls militärisch abschirmen wollen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden daher in eine breite Debatte innerhalb der Partei und mit der Gesellschaft einsteigen, um Wege zu suchen, auf denen wir zu mehr Klimagerechtigkeit in der Welt beitragen können. Dazu gehört auch die Frage, welchen völkerrechtlichen Status Klimaflüchtlinge haben.

Daher beauftragt die Bundesdelegiertenkonferenz die Bundestagsfraktion und den Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und fordert die Europafraktion und die Bundesarbeitsgemeinschaften auf, sich bis zur nächsten Bundesdelegiertenkonferenz verstärkt mit diesem Thema zu beschäftigen. So sollen u.a. im Zukunftsforum und in Fachgesprächen mit den verschiedenen AkteurInnen Forderungen entwickelt werden, wie die deutsche Bundesregierung und die EU auf den verschiedenen Ebenen – von der Entwicklungspolitik bis hin zur Justiz- und Umweltpolitik – agieren muss, um zu nachhaltigen Lösungen beizutragen. Der Bundesvorstand wird aufgefordert, mit den zuständigen Akteurinnen und Akteuren eine größere Veranstaltung auf Bundesebene durchzuführen, bei der das Thema klimabedingte Flucht und Migration diskutiert werden soll.

Wir müssen uns der durch den Klimawandel bedingten Flucht und Migration schon jetzt praktisch stellen. Dazu gehört aus unserer Sicht:

- ◆ Die finanziellen Selbstverpflichtungen zum Kopenhagen-Akkord und die Ausgestaltung der Selbstverpflichtung der Industrieländer sind verbindlich zu gestalten. Die Finanzmittel sind in den weniger entwickelten und am stärksten von Klimawandel betroffenen Ländern, und zwar unter Partizipation der betroffenen Bevölkerung, Parlamente und Regierungen, einzusetzen. Sie sind zusätzlich zu der weiter geltenden Verpflichtung bereit-

zustellen, die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7% des jeweiligen Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen, und dürfen nicht verrechnet werden

- ◆ Die Rolle und Auftrag der Europäischen Agentur Frontex – (sie koordiniert den Schutz der EU-Außengrenzen und überwacht die Routen der Flüchtlinge, die nach Europa gelangen wollen) – sind kritisch zu prüfen.

Es sind jegliche Ansätze zu unterbinden, das Problem „klimabedingte Flucht“ – etwa aus Afrika – militärisch lösen zu wollen. Äußerungen wie die des NATO-Generalsekretärs im Oktober 2009: „... die Armeen sollten in die Lage versetzt werden, künftig mit ... plötzlichen Massenerwanderungen umgehen zu können - sei es international oder im eigenen Land“ – sind für uns Warnzeichen.